

Erscheint
wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Alle Postämter nehmen
Bestellungen darauf an.

Volkshlatt

für
Stadt und Land.

Vierteljährlicher Preis:
in der Expedition zu Pa-
derborn 10 Sgr.; für Aus-
wärtige portofrei
12 1/2 Sgr.

Insertionsgebühren
für die Zeile 1 Silberggr.

N^o 143.

Paderborn, 29. November

1849.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Beschluss des Verwaltungsraths, den Reichstag betreffend; der Schwurgerichtshof; die Verhältnisse Schleswig-Holsteins); Münster (Conferenz der Bischöfe Rheinlands und Westphalens); Kassel (Beitritt zum Interim); Darmstadt (Verordnung des Ministeriums); Stuttgart (die württembergischen Gefangenen, v. Sternfels, das Finanzwesen, Papiergeld, Brandunglück); Aus Baden (die Eintheilung des Großherzogthums in Polizei- und Militärdistricte); Euxemburg (Prinz Friedrich angekommen); Triest (die Cholera).

Schweiz. Bern (Budget für 1850).

Italien. Rom. (Pius IX., Aufhebung der Kammer in Piemont).

Frankreich. Paris (über die letzten Sitzungen der Nationalversammlung, Louis Napoleon und Persigny, Emil de Girardin).

Spanien. Madrid (die italienische Expedition).

Griechenland. Athen (die Schließung der Kammer und des Senats).

Vermischtes.

Deutschland.

Berlin, 23. Nov. In Ansehung an die bereits veröffentlichte Erklärung, welche die königlich preussische Regierung auf die letzten Erklärungen der königlichen Regierungen von Sachsen und Hannover in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 17. d. zu Protokoll gegeben hat, theilt der „Pr. Staatsanzeiger“ den in derselben Sitzung gefassten Beschluss des Verwaltungsraths über das Ausschreiben der Reichstagswahlen und über den Ort des Zusammentritts des Reichstages im Protokollar-Auszuge mit. Derselbe lautet:

Verhandelt Berlin, am 17. Nov. 1849, Abends 6 Uhr.

Der Vorsitzende hält den Augenblick für gekommen, in dem der Verwaltungsrath über die Feststellung eines Termins für die Wahlen zum Volkshause des nächsten Reichstages und über den Ort des Zusammentritts dieses Reichstages zu berathen und eventualiter zu beschließen habe, und zwar, so viel die Feststellung des Termins für die bezeichneten Reichstagswahlen betrifft, weil der 15. Januar 1850, der in der 52sten Sitzung des Verwaltungsraths vom 19. October c. „als der Tag angenommen worden, an welchem die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause für den nächsten Reichstag nach einem von dem Verwaltungsrath“ noch „vorher zu beschließenden gemeinschaftlichen Ausschreiben derselben in dem ganzen Bereich der verbündeten Staaten stattfinden werde,“ so nahe bevorstehe, daß, sollte dieser Tag bei Beschließung des Ausschreibens der Wahlen auch nur annähernd festgehalten werden, die Vorbereitungen rechtzeitig kaum noch zu beenden sein möchten, welche dem Wahlakt selbst durch Anfertigung, Auflegen und Feststellung der Wahllisten u. s. w. nothwendig vorhergehen müßten; und, so viel den Ort des Zusammentritts des nächsten Reichstages betrifft, weil die zur Aufnahme der Reichsversammlung mehr oder minder überall nothwendigen baulichen Einrichtungen und sonstigen Vorkehrungen, bei gleicher Voraussetzung, nunmehr ebenfalls unverzüglich in Angriff zu nehmen seien.

Der Verwaltungsrath hat hierauf die aus dem Bündniß-Vertrage vom 26. Mai c. hervorgehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten der verbündeten Regierungen; die dem Verwaltungsrath durch diesen Vertrag angewiesene Stellung und zugetheilte Aufgabe; die gegenwärtige Lage des Vaterlandes, und sodann die für das nächste Ziel der vorliegenden Fragen in Betracht tretenden geschäftlichen und lokalen Rücksichten einer umfassenden Erörterung unterzogen, und das Resultat dieser Erörterung, wie folgt, festgestellt.

Nach Einsicht der Bestimmungen des Bündniß-Vertrages vom 26. Mai 1849, namentlich: Art. IX. 1. und 2. Alinea, Art. III. §. 2. 1. und 2. Alinea, Art. III. §. 3. No. 2., welche Bestimmungen also lauten:

Art. IV. 1stes und 2tes Alinea:

Um den ersten Willen zu betheiligen, die Verhältnisse Deutschlands in Zukunft nach den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ordnen, verpflichten sich die Verbündeten, dem deutschen Volke eine Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen vereinbarten und diesem Vertrage anzuschließenden Entwurfes zu gewähren.

Sie werden diesen Entwurf einer nach Maßgabe der in demselben enthaltenen Bestimmungen über den Reichstag und des neben dem Entwurfe vereinbarten Wahlgesetzes lediglich zu diesem Zwecke zu berufenden Reichs-Versammlung vorlegen.

Art. III. §. 1stes und 2tes Alinea:

Zur Führung der auf die Erreichung des Zweckes des Bündnisses bezüglichen Geschäfte soll ein Verwaltungsrath gebildet werden, zu welchem jeder der Verbündeten einen oder mehrere Bevollmächtigte absendet.

Dieser Verwaltungsrath tritt sofort nach der Ratifikation des gegenwärtigen Vertrages zu Berlin zusammen.

Art. III. §. 3. Nr. 2.

Zu denjenigen Angelegenheiten, welche der definitiven Beschlußnahme des Verwaltungsrathes unterliegen, gehören:

Die Maßregeln behufs Berufung des über die Verfassung beschließenden Reichstages und Leitung der Verhandlungen desselben: Nach Einsicht sodann des in dem Bündniß-Vertrage Art. IV. 2. Alinea vorerwähnten Gesetzes, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, in §. 23, 2. Alinea desselben, also lautend:

der Tag der Wahlen wird für das gesammte Reich ein und derselbe sein;

und in Erwägung: daß über den Zeitpunkt des für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause des nächsten Reichstages zu bestimmenden Termins, so wie über den für das Zusammentreten der nächsten Reichs-Versammlung zu erwählenden Ort, unter den sämmtlichen anwesenden Vertretern der verbündeten Regierungen schließlich ein Dissensus nicht mehr obwalte;

setzt der Verwaltungsrath in definitiver Beschlußnahme, wie hiermit geschieht, einstimmig fest:

- 1) Die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause des nächsten Reichstages ist für den ganzen Bereich der auf Grund des Vertrages vom 26. Mai c. verbündeten deutschen Staaten auf den 31. Januar 1850 ausgeschrieben.
- 2) Sämmtliche verbündete Regierungen sind ersucht, in Vollzug dieses ihnen in beglaubigter Ausfertigung sofort zugehenden Beschlusses die betreffenden Landes-Behörden zur Vornahme dieser Wahlen rechtzeitig mit der erforderlichen Anweisung zu versehen.
- 3) Die demnächst einzuberufende Reichs-Versammlung aus den auf Grund des Vertrages vom 26. Mai c. verbündeten deutschen Staaten wird in der Stadt Erfurt zusammentreten.
- 4) Der Tag des Zusammentritts dieser Reichs-Versammlung wird durch nachfolgende Beschlußnahme des Verwaltungsraths festgestellt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Die Sitzung schließt Abends 10 Uhr.

Die Feststellung des Protokolls ist auf den 19. November, Mittags 12 Uhr, anberaumt.

Das Protokoll der Sitzung vom 17. November c. ist am 19. November c., Mittags 12 Uhr, verlesen, von den anwesenden Mitgliedern des Verwaltungsrathes genehmigt, und von diesen und dem Protokollführer unterzeichnet worden.

v. Bodelschwingh (Preußen). v. Meyenburg (Baden). Pfeiffer (Kurhessen). v. Lepel (Groß-Hessen). Seebeck (hessisch-sächsisch und thüring. Staaten). v. Schack (Schwerin.) Wolf-